

Drei-Ländertagung 2016

Sektion 7: Regionalismus in der öffentlichen Wahrnehmung

Panel 43: Regionale Integration und Kooperation in der öffentlichen Meinung

Samstag, 01.10.16, 9.00-10.30 Uhr

Panel Chairs: Sylvia Kritzinger (Universität Wien), Markus Steinbrecher (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr)

Discussant: Evelyn Bytzek (Universität Koblenz-Landau)

Vortrag 1:

Andrea Baier (Universität Würzburg): Einstellungen zur europäischen Integration - eine Mehrebenenanalyse

Die regionale politische Integration der Europäischen Union (EU) findet in den verschiedenen EU-Ländern oftmals eine ambivalente Aufnahme. Jüngste Vorkommnisse, wie die Griechenland- und Flüchtlingskrise, verunsichern die EU-Bürger und beeinflussen deren Meinung zur europäischen Integration. Während die einen aufgrund solcher Krisen, negativ gegenüber weiteren Integrationsbemühungen stehen – ja sogar Angst haben, Südländer mitfinanzieren zu müssen –, plädieren andere wiederum für eine stärkere europäische Integration, um gemeinsam solchen Problemen entgegenzuwirken. Diese Differenzen können die weitere erfolgreiche Zusammenarbeit der EU bzw. ihrer Mitgliedsstaaten durchaus gefährden, weshalb es für die europäischen Akteure einen deutlichen Mehrwert hätte, die konkreten Determinanten zu bestimmen, welche für die Einstellung der europäischen Bürger zur europäischen Integration ausschlaggebend sind. In diesem Kontext soll, aufgrund der Krisenereignisse jüngster Zeit, insbesondere der Einfluss der Einstellung gegenüber Immigranten auf die Einstellung zur europäischen Integration berücksichtigt werden.

Viele Studien versuchen die Einstellung zur europäischen Integration auf individueller Ebene zu erklären (Gabel/Palmer (1995), Inglehart (1970, 1977), Anderson (1998), Fuchs (2003)). Doch die individuelle Einstellung zur europäischen Integration wird auch durch den jeweiligen Kontext geprägt. Beispielsweise sind wirtschaftliche Indikatoren von Relevanz, welche allerdings in bisherigen empirischen Analysen konträr sind. So gibt es Befunde, die wirtschaftlich besser gestellte Staaten eine zunehmende positive Einstellung zur EU zuschreiben (Anderson/Reichert 1996, Castles 1998), während andere Befunde davon ausgehen, dass ökonomisch schwache Staaten finanzielle Unterstützung von der EU erhalten und sie dadurch erhebliche Vorteile durch eine EU-Mitgliedschaft haben (Inglehart/Rabier 1978, Eichenberg/Dalton 2007, Braun und Tausendpfund 2013).

Der Beitrag fokussiert sich auf die Herausbildung verschiedener Einstellungsdimensionen gegenüber Immigranten und betrachtet deren Einfluss auf die Einstellung zur europäischen Integration. Die verschiedenen Orientierungen können je nach Wirtschaftskraft des Landes stärker oder schwächer bei der Bewertung der Einstellung zur europäischen Integration ins Gewicht fallen. Gleichwohl sollen auch weitere Einflussfaktoren auf der Level II-Ebene, wie Arbeitslosenrate, Dauer der EU-Mitgliedschaft und Korruption, geprüft werden. Folglich soll mit Daten des European Social Survey von 2014 durch eine Mehrebenenanalyse festgestellt werden, welche dieser Determinanten – sowohl auf Mikro- und Makroebene – die Einstellung zur europäischen Integration beeinflussen.

Vortrag 2:

Bernd Schlipphak (Universität Münster): Wenn es nicht hilft, darüber zu reden - Die Politisierung der

EU, Euroskeptizismus und Wahlverhalten auf nationaler Ebene in Deutschland, Österreich und Irland

Theoretische und empirische Forschung zur Politisierung internationaler Organisationen hat jüngst aufgezeigt, dass ein Anstieg in der öffentlichen Debatte über diese Organisationen und ihr Verhalten – welches durch die darüber erfolgende Medienberichterstattung sichtbar wird – zu einer zunehmenden Skepsis gegenüber diesen Organisationen und gegenüber internationalem Regieren ganz generell seitens der BürgerInnen führen könnte.

In diesem Papier schlage ich eine theoretische Ausweitung und eine methodologisch ausführlichere Analyse dieses Arguments vor. Im Hinblick auf die Entwicklung öffentlicher Einstellungen gegenüber der Europäischen Union während und nach der europäischen Finanzkrise argumentiere ich einerseits, dass aufgrund der Krisenereignisse die Häufigkeit der Medienberichterstattung über die EU angestiegen sein sollte. Diese stärkere Politisierung der EU sollte andererseits aber nicht nur einen Anstieg des öffentlichen Euroskeptizismus mit sich bringen, sondern gleichzeitig aufgrund der damit verbundenen höheren Salienz des Themas dazu führen, dass BürgerInnen ihre EU-Einstellungen nun auch als Orientierungshilfe für ihr Wahlverhalten auf nationaler Ebene nutzen. Die Politisierung der EU sollte sich daher nicht nur in einer Veränderung öffentlicher Einstellungen, sondern auch in verändertem Wahlverhalten auf der nationalen Ebene niederschlagen.

Dieses erweiterte Argument teste ich im Papier durch die Nutzung von quantitativen Inhaltsanalysen, Umfragedaten (Eurobarometer, European Social Survey) und Ereignisdaten für Deutschland, Österreich und Irland. Durch diese Daten lassen sich unter der Kontrolle unterschiedlicher Krisenauswirkungen der Einfluss öffentlicher Debatten auf die Entwicklung der Einstellungen und der Wahlpräferenzen der BürgerInnen nachvollziehen.

Vortrag 3:

Simon Bauer (TU Darmstadt): Einstellungswandel zur EU: Krisenperzeptionen und Medientenor

Das zentrale Thema der europäischen Politik in den letzten fünf Jahren waren die ökonomischen, politischen und sozialen Herausforderungen der Eurokrise. Allein die unterschiedliche und teilweise diametral entgegengesetzte ökonomische Betroffenheit der einzelnen Mitgliedsstaaten lässt die Annahme zu, dass es sich um eine über den üblichen Konjunkturzyklus hinausgehende Krise handelt. Das Schlagwort „Eurokrise“ steht für eine heterogene Ansammlung von ökonomischen Schocks, politischen ad-hoc Maßnahmen und dauerhaften Reformen, die wiederum zu Massenprotesten, der Entstehung neuer politischer Parteien und öffentlichen Diskursen um die Solidaritätsbereitschaft führten. Diese haben sich je nach nationalem Kontext nach inhaltlicher Substanz, Dauer, Intensität und Salienz unterschieden.

Entscheidend für Einstellungsveränderungen der Bürger sind ihre subjektiven Wahrnehmungen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Neben der interpersonellen Kommunikation spielt hierbei vor allem die Vermittlung der Ereignisse über die Massenmedien eine Rolle (Zaller 1992). Bisherige Studien zum Einstellungswandel während der Eurokrise haben keine direkte Messung der letztlich elementaren Wahrnehmungen der Bürger vorgenommen oder zumindest eine Analyse der Medienbotschaften in der Eurokrise berücksichtigt. Eine weitere Leerstelle im Forschungsstand besteht in der Annahme konstanter Effekte der mit EU-weit aggregierten Stichproben arbeitenden Studien zum Einstellungswandel während der Krise (Armingeon und Ceka 2014; Braun und Tausendpfund 2014). Die Heterogenität der Krisenbetroffenheit der Bürger führt daher zu dem Ziel, adäquate Untersuchungseinheiten festzulegen und Einstellungswandel für Teilgruppen zu differenzieren (Bauer 2013; Hobolt und Wratil 2015).

Der Beitrag untersucht die Auswirkungen der Eurokrise auf die Unterstützung der EU. Die Eurokrise ist im Rahmen der europäischen Politik das erste „critical event“ (Fuchs 2011), das das Potenzial hat, nachhaltige wie national heterogene Veränderungen in der Einstellungsstruktur gegenüber der EU hervorzurufen. Über den Forschungsstand hinausgehend soll neben einem EU28-Design insbesondere den unterschiedlichen Wahrnehmungsmustern der Krise in den einzelnen Gesellschaften Rechnung getragen werden, indem Einstellungsveränderungen auf nationaler Ebene im Verlaufe der Eurokrise vergleichend herausgearbeitet werden. Hierbei wird überprüft, inwiefern Muster der Medienberichterstattung zur Krise, die in 10 europäischen Staaten über drei Jahre erhoben wurden (Picard 2015), die etablierten zentralen Determinanten des EU-Support bzw. -Skeptizismusforschung ergänzen oder sogar moderieren.

Vortrag 4:

Markus Steinbrecher (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr):
Entwicklung und Erklärung von Einstellungen zur Gemeinsamen Sicherheits- und
Verteidigungspolitik der EU und der militärischen Zusammenarbeit in der NATO

Die Aufstellung von Streitkräften und die Verteidigung des eigenen Territoriums sind Kernbereiche staatlicher Souveränität. Das ist neben der Koexistenz der NATO als genuine Institution zur Gewährleistung kollektiver Sicherheit, der ein großer Teil der EU-Mitglieder angehört, einer der Gründe, warum die Mitgliedsstaaten der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) mit der Integration bei weitem nicht so weit vorangeschritten sind wie in anderen Politikbereichen. Dies ist überraschend, weil die Bürgerinnen und Bürger der meisten Länder in der Regel eine intensivere Zusammenarbeit im Politikbereich Verteidigung und Sicherheit stark befürworten, hier also die wachsende Skepsis gegenüber der EU und ihren Institutionen wenig Nahrung zu finden scheint. Die zunehmenden Bedrohungen für die europäischen Länder wie die deutlichen Verschlechterungen der Sicherheitslage im europäischen Umfeld in den letzten Jahren stellen die Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor neue Herausforderungen.

Dieser Beitrag betrachtet die Entwicklung der Einstellungen in verschiedenen europäischen Ländern zur GSVP und zur NATO und untersucht die folgenden Fragestellungen: Wie stark variiert die Unterstützung für NATO und GSVP zwischen den Ländern? Welche Faktoren können nationale Unterschiede in der Unterstützung für die beiden sicherheitspolitischen Kooperationen erklären? Welche Rolle spielen insbesondere außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen? Welche kontextuellen und individuellen Faktoren können Veränderungen im Meinungsbild zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit erklären? Für die Beantwortung dieser Fragen werden Daten der Eurobarometer, des European Social Survey (ESS) sowie von internationalen Befragungen des ZMSBw verwendet.